LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

18.04.2023
Drucksache 8/2516

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

Soziale Lage der Studierenden nicht aus den Augen verlieren - Hochschulsozialpakt und elternunabhängiges BAföG jetzt auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Bundesratsinitiative für einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt zu starten, von der in erster Linie der Wohnheimbau profitieren soll.

2. zu prüfen, inwieweit Studierende, die durch die geplanten Erhöhungen bei den Wohnheimmieten in eine soziale Notlage geraten werden (z. B. drohender Verlust des Wohnheimplatzes), durch einen Notfallfonds unterstützt werden können.

3. eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines auskömmlichen elternunabhängigen und nicht zurückzuzahlenden BAföG umgehend in die Wege zu leiten.

Begründung

Nicht zuletzt die Proteste gegen die Preiserhöhungen bei den Wohnheimplätzen beim Studentenwerk Halle zeigen, dass die soziale Lage der Studierenden in Sachsen-Anhalt dringend verstärkt ins Auge gefasst werden muss. Preiserhöhungen von bis zu 40 % stellen Studierende vor große Probleme. Für Studierende, die durch die Preiserhöhungen kurzfristig in eine soziale Notlage kommen, braucht es einen Notfallfonds, um, im schlimmsten Fall, den Verlust des Wohnheimplatzes und Obdachlosigkeit zu vermeiden.

(Ausgegeben am 19.04.2023)

Langfristig braucht es einen Ausbau der Wohnheimplätze und weitere Unterstützung der Studentenwerke beim Ausbau der Wohninfrastruktur. Dafür muss der Bund mit einspringen und die lang diskutierten Pläne eines Bund-Länder-Hochschulsozialpaktes endlich umsetzen.

Ein weiterer Baustein zur Verbesserung der sozialen Lage ist die Einführung eines elternunabhängigen BAföG, das nicht zurückzuzahlen ist. Die Deutschlandkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag 2021 vereinbart, eine Bundesratsinitiative einzubringen, deren Ziel es ist, diese Punkte einzuführen. Die inflationsbedingten Preissteigerungen machen diesen Schritt jetzt dringend nötig. Der von der Bundesregierung beschlossene Energiekostenzuschuss in Höhe von 200 Euro fällt vor dem Hintergrund von Inflation und Mietsteigerungen zu niedrig aus. Hier könnte ein elternunabhängiges BAföG eine deutliche Entlastung bringen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz